

Was schuldet die Öffentliche Hand den Kreditgebern und Subventions-Empfängern?

Bund, Länder und Gemeinden wie auch sonstige Unternehmen und Organisationen der Öffentlichen Hand sind gern gesehene Kreditkunden. Sie zahlen nämlich ihre alten Tilgungsraten mit neuen Schulden.

Das ist nicht nur ein Schnellballsystem, wie es für Banken und andere Kreditgeber kein besseres gibt, sondern auch ein Geschäft, das die zahlenden Kunden von jeder Befugnis ausschließt, zu zahlen oder nicht. Das staatliche Gewaltmonopol, ausgeübt von den Polizeibehörden für die Finanzbehörden, stellt sicher, daß alle Steuerzahler zahlen. Behörden vermitteln nur das Geschäft. Verantwortliche haften nicht für ihr Tun.

Doch irgendetwas stimmt nicht. Das Steuerrecht ist so kompliziert, daß kein Mensch, kein Steuerfachmann und keine sonstige Maßnahme imstande ist, das exakt umzusetzen, was festgelegt worden ist.

Was darf von einem einfachen Steuerrecht erwartet werden? Ist es realistisch, im Laufe von dreißig Jahren ein einfaches Steuerrecht Schritt für Schritt einzuführen, auch wenn keiner im voraus wissen kann, wie es sich entwickeln wird? Es gibt seit Jahren eine Reihe von Vorstellungen [1] und es gab auch schon Regierungen auf diesem Planeten, die erfolgreich einfaches Steuerrecht eingeführt haben. Doch Korruption hat gute Bemühungen im Laufe von Jahren wieder zunichte gemacht. Ein mögliches Ziel für eine einfache Steuer [2] beschreibt Hans Kolpak, Initiator von NationalPartei.eu wie folgt:



1. Nur Unternehmer zahlen 10 Prozent Umsatzsteuer für Produkte und Dienstleistungen - aber nur am Ende der Wertschöpfungskette. Beispiel: Nettopreis ist 100 Euro. Plus 10 Euro Umsatzsteuer ergibt den Verkaufspreis von 110 Euro.
2. Nichtunternehmer sind steuerfrei. Löhne und Gehälter sind steuerfrei. Damit haben wir die meisten Wähler als Mehrheit für dieses Steuermodell.
3. Es gibt keine steuermindernden Betriebskosten und keine Subventionen. Umsatzsteuer ist die einzige steuerliche Erhebungsform für Produkte und Dienstleistungen.
4. Die Steuereinnahmen finanzieren die europäischen Behörden und Regierungen mit allen angeschlossenen Organisationseinheiten für hoheitliche Aufgaben und Gebietskörperschaften für hoheitliche Aufgaben. Eingeahlt wird monatlich analog zur jetzigen Umsatzsteuervoranmeldung mit dem Unterschied, daß es keine Voranmeldung und jährliche Steuererklärung mehr gibt, sondern nur noch eine monatliche Steuererklärung.
5. Die Verwaltung der gewaltigen gegenwärtigen Umverteilung entfällt. Bisher unfinanzierbare Aufgaben werden vom freigewordenen Personal übernommen. Vermögenswerte fließen in all die notwendigen Aufgaben, die bislang vernachlässigt oder ignoriert wurden.
6. Jeder Krieg hat den Beweis erbracht, wie schnell eine Volkswirtschaft umgebaut werden kann. Dies geschieht innerhalb von fünf Jahren. Deshalb sind 30 Jahre mehr als großzügig bemessen.

Warum ist ein solcher, von NationalPartei.eu angeregter gesellschaftlicher Paradigmenwechsel möglich und realistisch? Es gelingt Staaten, die Wirtschaft innerhalb weniger Jahre auf Krieg einzustellen. Heute sind die meisten Volkswirtschaften weltweit durch Schulden und Zinseszinsen stärker belastet, als dies durch Kriege jemals der Fall war. Warum nicht die Öffentliche Hand auf schuldenfreies Wirtschaften umstellen? Das wäre eine dankbare Aufgabe, von der die Reichen und die Armen gleichermaßen finanziell profitieren. Es gibt dabei niemanden, der einen finanziellen Verlust erleidet. Wer stößt die Kreditgeber und die Empfänger von Subventionen vor den Kopf? Wer setzt dies durch, ohne gleichzeitig seine Regierung zu stürzen?

Quellen:

- [1] www.Steuer-Modell.de
[2] www.einfacheSteuer.de

Pressekontakt

Hans Kolpak
Zur Tanne 12
26349 Jade
Deutschland
Telefon: 04454 979720
Hans.Kolpak at NationalPartei.eu
www.NationalPartei.eu

Portrait der zukünftigen Partei

Wer sich mit nationalen Ideen identifiziert und die Gesetzmäßigkeiten von Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft anerkennt, wird in der NationalPartei eine politische Heimat finden. Strategische Ziele sind eine Verfassung und eine geringe Staatsquote für einen Staat, der sich seinen hoheitlichen Aufgaben widmet. Durch die wirtschaftliche Ausrichtung auf die Einwohner mit durchschnittlichem und unterdurchschnittlichem Einkommen und Vermögen werden die wirtschaftlichen Interessen von mehr als 50 Prozent vertreten. Dies begründet eine absolute Mehrheit bei Kommunalwahlen und Landtagswahlen, der Bundestagswahl und der Europawahl, die von keiner etablierten Partei erreicht werden kann, weil nur Sonderinteressen von kleinen Bevölkerungsgruppen vertreten werden. Es ist nutzlos, Symptome zu reformieren und Ursachen unangetastet zu lassen. Das wirtschaftliche Wohl des deutschen Volkes vermehrt auch den Reichtum derer, die zur Zeit durch Subventionen und Steuervorteile finanziell profitieren. Das meiste Geld verschwindet gegenwärtig in staatlichen Umverteilungsbürokratien